

wichtigen ethnischen und gesellschaftlichen Gruppen zu erlangen. Oder gibt es eine Alternative zur Demokratisierung durch eine zivile Gesellschaft? Vermutlich nicht.

Heiko Meinhardt

Richard Sandbrook

The Politics of Africa's Economic Recovery

University Press, Cambridge, 1993, X, 170 pp., £ 11.95

Hat die westliche Demokratie in Afrika eine Chance? Dieser Frage geht Richard Sandbrook in seinem kürzlich erschienenen Buch nach.

Zunächst analysiert der Verfasser die Gründe, die zum Zusammenbruch zahlreicher autoritärer Regime seit Anfang 1990 führten. Besonderes Gewicht wird dabei auf die hoffnungslose ökonomische Lage der meisten Staaten gelegt. Er macht deutlich, daß sowohl die markt- als auch die staatswirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung in Afrika versagt haben. Am Ende des letzten Jahrzehnts - nach 30 Jahren Unabhängigkeit - hatten fast alle autoritären Regime abgewirtschaftet. Ihr Machtanspruch wurde durch einen Repressionsapparat aufrechterhalten, der die schwindende Legitimität im Bereich der Klientelsysteme - die unter zunehmendem Ressourcenschwund litten - ausgleichen sollte.

Strukturanpassungsprogramme von Währungsfond und Weltbank ließen sich politisch oft nur schwer durchsetzen, da beispielsweise der Abbau von Subventionen und eine drastische Verringerung der Staatsbürokratie die Überlebensfähigkeit des Regimes gefährdet hätten.

Eine Demokratisierung der Staaten bietet laut Sandbrook eine - vorsichtige - Perspektive für eine ökonomische Besserung (S. 54). Die demokratische Transition, die in großen Teilen Afrikas angelaufen ist, bezeichnet er als hoffnungsvoll, warnt jedoch ausdrücklich vor zuviel Optimismus: "Democratic transitions will widely occur, but the consolidation of democracy is a longer term and more dubious proposition. The consolidation will depend upon the formation of a vigilant and organized civil society a process that is dramatically underway in some Sub-Saharan countries" (S. 115).

Wie viele andere Afrika-Wissenschaftler hält der Verfasser eine starke Zivilgesellschaft für ein Gelingen der Demokratisierung für unverzichtbar. Bisher waren vom Staat unabhängige Verbände und Organisationen (z.B. Anwaltskammern, Journalistenverbände, Handelskammern, Gewerkschaften und Kirchen) die große Ausnahme. Sie wurden häufig nach der völkerrechtlichen Unabhängigkeit vom Regime kooptiert oder verboten. Außerhalb des Staatssektors war es somit kaum möglich, Wohlstand, Macht und Status zu erlangen. Diese Situation scheint sich in der jüngsten Zeit zu verändern. Da die meisten afrikanischen Staaten am Tropf der Entwicklungshilfe hängen, trugen die westlichen Geberstaaten durch die politische Konditionierung der Hilfe nicht unmaßgeblich dazu bei, demokratische Reformen anzumahnen, die das Umfeld und die Grundlage für eine zivile Gesellschaft

bilden: freie Medien, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, Streikrecht und Rechtsstaatlichkeit. Sandbrook kritisiert in diesem Kontext zu Recht die momentane Politik der Geberstaaten, die demokratische Reformen oftmals nicht mit zusätzlicher - dringend benötigter - Hilfe belohnen, sondern allenfalls weniger kürzen.

Das Konzept der Zivilgesellschaft als "Motor der Demokratie" sieht der Verfasser zwar ohne praktikable Alternative, zeigt aber auch seine Grenzen auf. So ist es nicht mit dem Heranwachsen von Verbänden, Gewerkschaften etc. getan. Vielmehr müssen diese Organisationen selbst demokratische Strukturen aufweisen.

Das sozioökonomische Umfeld hält der Verfasser für ungünstig: Unterernährte Analphabeten könnten kaum eine zivile Gesellschaft aufbauen (S. 144). Hier übersieht Sandbrook, daß die Zivilgesellschaft von Eliten gebildet und geführt wird. Die Masse der armen Landbevölkerung ist von der demokratischen Transition ausgeschlossen und wird es wohl auch bleiben. Die Eliten werden höchstens versuchen, sie für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren.

Die positive Korrelation, die der Verfasser zwischen Demokratisierung und Wirtschaftswachstum sieht, ist wenig überzeugend dargestellt. Er vergleicht auf der Grundlage des Bruttonsozialprodukts (einer an sich schon zweifelhaften Meßlatte) die Staaten Zaire, Niger, Ghana und Uganda mit Lesotho, Kamerun, Botswana und Mauritius für den Zeitraum 1965 - 1985 und zieht das Resümee: "Democracy and growth are thus compatible, and probably mutually reinforcing" (S. 117). Ohne die Grundthese Sandbrooks verwerfen zu wollen, da sie in der Sache wohl zutreffend ist, ist der Vergleich problematisch. Zwar haben die genannten autoritären Regime ökonomisch sehr schlecht abgeschnitten, aber es gibt auch Ausnahmen, wenn man das Bruttonsozialprodukt als Meßlatte akzeptiert: z.B. Burundi, Kenia und Mali. Die Staaten Kamerun und Lesotho gehören eher in die Kategorie der autoritären Staaten.

Insgesamt bietet das Buch einen guten Überblick über die afrikanische Wirtschaftskrise und über die Zukunftschancen durch Demokratisierung. Der Autor argumentiert praxisbezogen und illustriert seine Aussagen mit diversen Länderfallbeispielen. Auf den Afrika-Experten wirkt die Studie teilweise etwas generalisierend, aber nicht uninteressant.

Heiko Meinhardt

Martin Pabst

Drama Südafrika. Ein Spiel mit fünf Akteuren, vielen Statisten und einem offenen Ende

Verlagsgemeinschaft Anarche, Inning bei München, 1993, 367 S., DM 44,--

Die Verhandlungen über die Verfassung des Post-Apartheid-Südafrika sind 1993 in ein neues Stadium getreten. Die erste Zäsur stellte das Jahr 1990 dar, als Staatspräsident F.W.